

A4

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatsschrift für klassenlosen Aufbau und revolutionäre
Außenpolitik

Erster Jahrgang

Hamburg, 15. August 1921

Nr. 1

Inhalt:

Aufbau.
Revolutionäre Außenpolitik.
Beamte, Arbeiter, Staat und Volk.
Schwarz-weiß-rot und schwarz-rot gold.
Rußland in Not.
Politik des Doppelsinnes.
Ein Wort an das „Gewissen“.
Christliche Revolutionäre.
Stützt der Völkerbund die deutsche Republik?

A3

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und 30. eines jeden Monats.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bei be-
triebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mk. 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

2 4071 A

4

A3

Aufbau!

LuW Durch Krieg und Revolution wurde das alte deutsche Reich zer schlagen, das die innerhalb kapitalistischer Welt zusammenhänge für Deutschland gegebene Form eines konsolidierten bürgerlichen Staates darstellte, wobei nicht das politische Übergewicht der Fürsten und des Adels, sondern die einfache Tatsache entscheidend war, daß das kaiserliche Deutschland die kapitalistisch-industriellen Interessen nach innen und außen voll zu sichern vermochte. Die Sprengung dieses Reiches machte eine geordnete kapitalistische Wirtschaft umso mehr unmöglich, als schon die Beengtheit des deutschen Wirtschaftsgebietes in der Zeit der kapitalistisch-industriellen Expansion die kaiserliche Regierung in jene Linie der Politik hineingeführt hatte, aus der, brach nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst durch revolutionäre Stöße vorher zusammen, der Krieg mit den imperialistischen Großmächten der Erde unvermeidlich entspringen mußte. Heute mit verengerten Grenzen, nach dem Verlust überseeischer Geltung und lebenswichtiger Gebiete im Lande selbst, unter einer unerträglichen Schuldenbelastung, bei gleichzeitiger Desorganisation der Verwaltung im Reich und in den Ländern, bei zunehmender Auflösung der Wirtschaft infolge Entwertung des Geldes, Unterernährung des Volkes und Mangel an Rohstoffen und Betriebsmitteln — heute die kapitalistische Wirtschaftsform aufrecht erhalten zu wollen, das bedeutet, daß nicht nur auf der flachen Hand ein Kornfeld wachsen, sondern daß aus den hohlen Därmen eines neuzeitlichen Ministers Dukaten rollen und aus seinem hohlen Schädel befruchtende Ideen spritzen sollen.

Die deutsche Revolution hatte nur dann einen Sinn, wenn die Träger der Bewegung begriffen, daß es nicht genüge, eine alte geschichtlich überlebte Ordnung zu zer schlagen, sondern daß es sich in erster Linie darum handelte, eine neue Ordnung aufzurichten, die den Lebensbedürfnissen von Land, Volk und Wirtschaft gerecht zu werden verstand. Die Sozialdemokratie freilich, die sich nach dem Zusammenbruch des Kaiserlichen Deutschland in die Führung der Bewegung drängte, zeigte weder für machtpolitische Voraussetzungen noch für revolutionäre Notwendigkeiten das geringste Verständnis. Während das gesamte Heer und damit die gesamte reale Macht sich ihrer famosen Ebert-Saase-Re-

gierung zur Verfügung stellte, zog sie es vor, die Macht zu zer schlagen und sich mit der Ohnmacht zu verbinden. Es war nicht die deutsche Bourgeoisie, sondern nur ihr brüchigster und wurmfressigster Teil, der, um Erzberger und das Berliner Tageblatt geschaart und vor der Revolution erzitternd, sich um die sozialdemokratischen Führerkügel sammelte, um diese als sozial-revolutionäres Feigenblatt für die eigene kosmopolitisch-pazifistische Politik zu benutzen, die in der Unterwerfung unter Fords Diktat und Wilsons Punkte gipfelte. Von diesem Augenblick an hatte bis heute die neudeutsche Politik nur ein Ziel, wenigstens die Zinsen und Dividenden der schwarzen Schichten zu retten, was, wenn überhaupt, so allein durch widerspruchslöse Einordnung in das von der Entente diktierte Staatensystem möglich war. Von jenem Zeitpunkt an hat Deutschland aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein; das Land ist auf die Stufe einer afrikanischen Kolonie herabgedrückt worden, und die republikanische Komödie erhebt sich vorläufig nicht über den konstitutionellen Schwindel in der Negerepublik Liberia.

Aufbau! kreischten die Regenten, der Fürstenerf, von Ententegnaden! Aufbau einer geordneten, gut funktionierenden, Mehrwert erzeugenden, die ausländische Herenkaste befriedigenden Negerepublik. Negerseelen in der roten Republik mit dem völligen Mangel jedes Goldes, das für eine kapitalistische Wirtschaft Voraussetzung des Daseins ist, haben sie sich als sinnvolles Banner die schwarz-rot-goldene Fahne, deren Gold sie wieder sinngemäß durch das schmutzige Gelb ersetzen, das der Ausdruck ihrer Politik seit 1914 ist. Aufbau dieser schwarz-rot-gelben Republik, das war nicht nur die gewollte Arbeitsgemeinschaft zwischen den deutschen Arbeiterorganisationen und deutschen Herren von Bank und Börse, es war mehr noch die Betriebsgemeinschaft zwischen den deutschen Sklavenvögeln der Entente und den Knutenkönigen der internationalen Finanz auf dem Rücken des deutschen Volkes.

Kein Wunder, daß dieser Aufbau schon in seinen ersten Versuchen zum Scheitern verurteilt war. Die Proletarier hatten eben nicht deshalb eine siegreiche Revolution erlebt, um sich so leicht widerspruchslos unter ein Doppelschloß von Sklaverei und Ausbeutung pressen zu lassen, dessen Aufrichtung

die Voraussetzung war für die Realisierung der errechneten Profite der deutschen und der Weltfinanz. Und so erleben wir anstatt des Aufbaues ein täglich schnelleres Versinken im Chaos, das nicht lange mehr durch die gewagten Spekulationen verschleiert werden kann, die dem Volke als scharfsinnige Resultate einer gerissenen Anleihepolitik angepriesen werden. Die deutsche Republik ist bankrott und ihre Regierer mit ihr. Was also soll werden?

Kleine Gruppen des Volkes, geführt von Offizieren und Würdenträgern des kaiserlichen Regiments, erhoffen die Gesundung der deutschen Verhältnisse von einer Restauration, die den alten Fürstenstaat wieder herstellt, um im Innern und nach außen die alten Machtverhältnisse wieder zu erneuern. Obwohl der Rapp-Butsch ihre reale Schwäche gezeigt hat, besteht gleichwohl die Möglichkeit, daß sie von Bayern oder Schlesien aus einen neuen militärischen Stoß versuchen. Da sie aber Unmögliches wollen, und da selbst eine gegliederte formale Restauration die wirkliche Wiederherstellung des alten Reiches nicht zu bringen vermöchte und zwar auf Grund der geänderten Weltverhältnisse, kann selbst ein höchst unwahrscheinlicher Anfangserfolg dieser Gruppen den heutigen chaotischen Zustand nicht beseitigen, sondern müßte ihn notwendig noch verstärken. Es handelt sich für Deutschland nicht um einen Personenwechsel in der Herrschaft, sondern um die neue Organisierung von Land, Wirtschaft und Volk, die der Zusammenbruch des alten Reiches auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat. Nur eine Form des Aufbaues, die die organischen Lebensgesetze des Ganzen zur Grundlage nimmt, hat Aussicht auf Bestand und ist in der Lage, einen neuen tragfähigen Rahmen für das Ganze zu schaffen.

Das System des alten Staates beruhte nicht auf einer organischen Bindung des Volkes sondern auf dem Bündnis seiner Fürsten, wobei wesentliche Gebiete auf Grund von Fürstenprivilegien namentlich zwischen den Häusern Hohenzollern und Habsburg ausgeschlossen blieben. Die Sprengung des

fürstenstaatlichen Systems hebt die staatliche Zerplitterung des deutschen Volkes tatsächlich und grundsätzlich auf und macht die staatliche Zusammenfassung des ganzen Volkes möglich. Nicht um ein zwangswisses Zusammenschweißen widerstrebender Glieder unter einem Haupt kann es sich da handeln, sondern nur um das organische Zusammenwachsen aller deutschen Stämme. Territoriale Selbstverwaltung der einzelnen Gaue ergibt sich somit als Grundlage und notwendige Bedingung der neuen staatlichen Verfassung, die wiederum ihren Lebensausdruck und ihre Ergänzung in jener Organisierung der wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltung auf allen Gebieten findet, welche die natürliche staatliche Daseinsäußerung eines freien, mündigen Volkes ist. Schon am Beginn der bürgerlichen Reformperiode stand, verkörpert in der Person des Freiherrn vom Stein, das Prinzip der Selbstverwaltung, die zunächst den Städten gewährt ward. Dieses Prinzip der Selbstverwaltung politisch auszuführen und es in Wirtschaft und Industrie einzuführen, ist die revolutionäre Aufgabe der Gegenwart. Die Selbstverwaltung, damals dazu bestimmt, die alten Bindungen der Stände aufzuheben, hat jetzt die Aufgabe und die Wirkung, die bestehenden Klassen aufzulösen, indem sie bei der Schaffung der Selbstverwaltungsorgane des Volkes, bei der neuen staatlichen Bindung des Volkes, nicht wie bisher den Land- oder Geldbesitz, sondern die Arbeitsfähigkeit zur Grundlage der gesellschaftlichen Wertung und damit der politischen Rechte macht. Daß damit die Ausbeutungs- und Sonderrechte kleiner Gruppen schwarzen Kapitalisten der Geschichte angehören, daß hierdurch die Gesellschaft der arbeitenden Freien und Gleichen entsteht, bedarf keiner näheren Begründung. Daß die Entente mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen wird und versuchen muß, diese neue revolutionäre Konsolidierung des deutschen Volkes zu verhindern, ergibt sich aus den kapitalistischen Ausbeutungsinteressen, die sie auf deutscher Erde zu wahren hat.

Revolutionäre Außenpolitik.

LuW Mit dem Abschluß des Friedens von Versailles schienen die Vereinigten Staaten in den Gesamtzusammenhängen der

Weltpolitik in das Hintertreffen geraten zu sein. Die reale politische Macht, die sich in der Tatsache ausdrückte, daß die verbündeten

Heere auf französischem Boden konzentriert waren und Frankreich selbst viele Millionen unter den Fahnen hatte, gab es der französischen Militärpolitik zunächst ein vortreffliches Übergewicht, daß sie ihren Willen fast diktatorisch durchzusetzen vermochte und Amerika sich aus den europäischen Angelegenheiten grollend zurückzog. Sehr bald aber zeigte sich, daß das wirtschaftliche Kräfteverhältnis der entscheidende konstante Faktor ist in der Weltpolitik und nicht eine augenblickliche militärische Machtkonzentration, der, wie der französischen, die wirtschaftliche Basis fehlt. Der Hochstand des Dollars und die Verschuldung der europäischen Siegermächte an Amerika, der gigantische Aufschwung der amerikanischen und japanischen Industrie bei gleichzeitiger Verwüstung der französischen und Erschütterung der englischen, kurz die gesteigerte wirtschaftliche Kraft sowohl Amerikas wie auch Japans ließ sehr bald diese beiden Mächte im Vordergrund der weltpolitischen Bühne erscheinen. Heute schon ist allen Kriegen, die aus dem Frieden von Versailles entspringen, zum Trotz klar, daß nicht in den europäischen Grenzen, sondern in den gewaltigen Konflikten, die sich zwischen Amerika und Japan anspinnen, die Entscheidung für die künftige Weltpolitik aller Großmächte gelegen ist.

Die Riesengewinne, die Amerikas und Japans besitzende Klassen aus dem ersten Weltkrieg zogen, zwingen beide Staaten zur Steigerung ihrer imperialistischen Expansionspolitik, erzeugen und verschärfen zwischen ihnen die industrielle Rivalität auf fremden Märkten, wie sie vor dem Kriege zwischen Deutschland und England bestand und der Weltpolitik das Gepräge gab. Der Hochstand der Valuta in beiden Ländern hinvert den Massenerport ihrer Produkte; sie ersticken in ihrem eigenen Golde, und obwohl alle Voraussetzungen für einen rapiden Aufschwung ihrer Industrie vorhanden sind, wächst in beiden Ländern die Arbeitslosigkeit des Industrieproletariats, weil es ihnen an Absatzmöglichkeiten gebricht. Wenn Amerika sich deshalb heute gezwungen sieht, seine brachliegenden Goldmassen in Form von Anleihen an die fast bankrotten europäischen Staaten abzustößen, so läßt sich diese Wirtschaftspolitik auf die Dauer nicht aufrechterhalten, schon weil sie, vom Standpunkte der amerikanischen Kapitalisten aus gesehen, ein sehr schlechtes Geschäft ist, solange die europäische Revolution alle Möglichkeiten dafür

bietet, daß die die Anleihen übernehmenden Staaten sich eines Tages der Verpflichtung zur Zinsenzahlung und Rückzahlung entziehen werden. Der Abfluß des amerikanischen Goldes in tief valutierte Länder, die Aufzucht von Industrie mit niedrig entlohnerten Arbeitskräften muß aber mit absoluter Notwendigkeit zur Revolution auch in den Vereinigten Staaten führen. Die industriellen und sozialen Verhältnisse zwingen deshalb die Vereinigten Staaten zu einer Politik, die früher oder später zum Kriege mit Japan führt, da anders die Frage der Beherrschung der gewaltigen asiatischen Märkte nicht entschieden werden kann. Die Vorbereitung auf diesen Waffengang bestimmt, wie selbstverständlich, die Politik der beiden Rivalen, aber nicht nur ihre Politik allein. Alle Großmächte stehen heute schon unter dem Banner dieser drohenden Entwicklung. Wenn Amerika nach einem gewaltigen Flottenaufbauprogramm das Verlangen nach Abriistung stellt, wenn England diesem Verlangen mit aller Schärfe, Japan vorsichtig gedärrt widerpricht, so liegt darin nicht weniger als der Beginn einer moralischen Offensive seitens Amerikas zu dem Zweck, seine Politik der Abriistung und der großen Schritte voranzutreiben, sich als den Schirmherrn des Weltfriedens in empfehlende Erinnerung zu bringen, die übrigen Staaten als Fanatiker der Aufrüstung erscheinen zu lassen und alle Pazifisten und sozialdemokratischen Illusionäre um seine Politik zu sammeln. Die Annahme des amerikanischen Vorschlages durch Japan ist, wie Amerika genau weiß, unmöglich, weil sie für Japan einem verlorenen Kriege gleichkäme und das machtpolitische Übergewicht der Vereinigten Staaten im stillen Ozean für alle Zeiten festlegen und entscheiden würde. England muß sich dieser Politik aus dem einfachen Grunde widersetzen, weil es nicht beabsichtigen kann, als selbständiges Imperium kampfslos von der politischen Bühne abzutreten und das Schicksal seiner amerikanischen, asiatischen und australischen Besitzungen der Souveränität der amerikanischen Marinepolitik zu unterstellen. Es wünscht in den kommenden Verwicklungen zwischen Amerika und Japan, deren Anzeichen in dem Abrüstungsantrage der Union grell aufleuchten, ein selbständiger politischer Faktor zu bleiben, und wenn auch, bricht der Kampf aus, alle seine Interessen es an die Seite Amerikas zwingen, so wünscht es doch über eine genügende maritime Stärke zu verfügen, um sein Imperium

sowohl gegen japanische wie gegen amerikanische Begehrlichkeit zusammenzuhalten. Ein amerikanisch-japanischer Krieg würde Engdieselbe Rolle in die Hand spielen, die im ersten Kriege Amerika zu praktizieren vermochte. Scheinbar neutral und voller Sympathie für den japanischen Verbündeten, würde es mit allen Mitteln den japanischen Sieg zu verhindern trachten, um im ersten Augenblicke einer Gefährdung Australiens oder Indiens durch die Japanische Flotte an der Seite Amerikas auf den Meeren zu erscheinen, während im Falle eines amerikanischen Sieges ohne Englands Hilfe die Unversehrtheit der eigenen militärischen Mittel ihm gestatten würde, den im russisch-japanischen Kriege von Amerika unternommenen Versuch zu wiederholen, dem Sieger die Früchte des Sieges aus der Hand zu winden.

Es entspricht der Einstellung der englischen Politik auf ihre überseeischen Interessen, wenn sie sich in Europa Frankreich gegenüber zwar in der Geste der Mäßigung bei allen militärischen Forderungen gefällig, jedoch jeder Möglichkeit eines ersten Konfliktes mit Frankreich peinlich aus dem Wege geht. Um Deutschlands willen, das aus der Reihe der Großmächte vorläufig gestrichen ist und bei seiner heutigen Verfassung in den kommenden Konflikten keine ausschlaggebende Bedeutung hat, kann und wird es England auf eine Verwicklung mit Frankreich um so weniger ankommen lassen, als die französischen Interessen ohnehin schon stark nach der japanischen Seite neigen, sodaß England notgedrungen alles vermeiden muß, was geeignet wäre, in einer amerikanischen-japanischen Verwicklung ein französisches Eingreifen herbeizuführen. Will England seine Politik der bewaffneten Neutralität und des Schiedsrichters so lange wie möglich fortsetzen, so muß es so lange wie möglich die französische Neutralität zu erhalten suchen, und zur Erreichung dieses Zieles erscheint ihm Deutschland gerade recht. Je tiefer die französische Politik sich in Deutschland einnistet, um so mehr wird sie von der Notwendigkeit beherrscht, das deutsche Volk niederzuhalten, während neu erwachende, durch Demokratie, Pazifismus und Sozialdemokratie eifrig geförderte Sympathien für das ach so menschenfreundliche britische Imperium die englische Weltstellung verstärken. Trotz aller englischen Nachgiebigkeit, die auch in der Frage der Teilung Oberschlesiens allen pazifistischen Illusionen zum Trotz ihren Ausdruck finden dürft-

te, beabsichtigt die englische Politik nicht, den französischen Ansprüchen ihre eigenen vorderasiatischen Interessen zu opfern, und die Tatsache, daß England in allen deutschen Fragen vor französischem Drucke zurückweicht, sollte endlich auch alle pazifistischen Illusionisten darüber belehren, daß Deutschland für die englische Politik nichts anderes ist als ein Faustpfand, durch dessen Verschacherung es sich in Vorderasien weiteren Spielraum sichert. Gerade der früher oder später unvermeidliche Krieg zwischen Amerika und Japan, der Englands Politik grundsätzlich bindet, steife Frankreich ohne seine Unterdrückungspolitik in Deutschland völlig freie Hand im östlichen Europa und in Vorderasien. Es könnte auf eigene Faust oder im offenen Bündnis mit Japan dort vollzogene Tatsachen zu schaffen suchen, die England selbst bei einem Siege der Vereinigten Staaten schwer rückgängig zu machen vermöchte.

Daß die asiatisch-östereuropäische Zone nicht aufgehört hat, ein brodelnder Herd zu sein, zeigen die griechisch-türkischen Kämpfe, in die keine Macht des Völkerbundes entscheidend eingzugreifen mag, um nicht alle weltpolitischen Interessengegenstände breit aufklaffen zu lassen. In Kenntnis dieser Tatsache benutzt Griechenland die günstige Gelegenheit, um Politik auf eigene Faust zu betreiben; es möchte sich, wenn möglich, der kleinasiatischen Küste verschern und im Falle des Ausbruchs weltpolitischer Konflikte entscheidender Faktor im östlichen Becken des Mittelmeeres werden, um entweder gegen Ägypten, d. h. gegen England, oder gegen Smyrna, d. h. gegen Frankreich die Spitze des Schwertes zu kehren, wenn es nicht vorzieht, sich von beiden die Neutralität teuer bezahlen zu lassen. Durch die griechische Politik und seine wirtschaftlich finanzielle Situation wird Italiens Politik bestimmt. Im östlichen Mittelmeer steht es in Griechenland einer beachtenswerten Gegner eigener Expansionsinteressen. Dies und Frankreichs absolute militärische Übermacht auf dem europäischen Kontinent sowie die eigene finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit von der englisch-amerikanischen Finanz drängen heute die italienische Politik in englisches Fahrwasser, woraus sich die Haltung Italiens in der oberschlesischen Frage zur Genüge erklärt.

Die Gegenfälligkeit der Interessen der den Gang der Politik bestimmenden Großmächte hat dazu geführt, daß ihre Offensivkraft gegenüber Rußland seit mehr als einem Jahre nachgelassen hat. Ihre Politik ist

seit jener Zeit auf die Eingliederung des russischen Wirtschaftsgebietes in ihr Staatensystem, in den Völkerbund, gerichtet, was der Herabdrückung Kupplungs zu einer durch internationale Kommissionen verwalteten Colonie gleichkäme. Alle Erfolge, die diese Politik im letzten Jahre zu verzeichnen gehabt hat, werden indessen in Frage gestellt durch die ungeheure Volksbewegung, die auf Grund der jüngsten Hungerkatastrophe Rußland ergriffen hat. Mit dieser Bewegung gewinnt die russische Revolution neues Leben und gerade der Umstand, daß die revolutionäre Welle sich gegen die Parteidiktatur der Bolschewiki kehrt, läßt deren Conzessionspolitik als von sehr fragwürdigem Werte erscheinen.

Die Rückwirkung der russischen Volksbewegung auf die nach der deutschen Revolution entstandenen östlichen Randstaaten muß sich auch in Oberschlesien bemerkbar machen, da eine Erschütterung der Randstaaten der polnisch-französischen Politik ihre bisherige Basis entziehen würde. Sie verschärft im deutschen Volke notwendig den wachsenden Widerstand gegen die französisch-polnischen Bedrückungen. Oberhaupt geht die sozialistische Republik Zeiten entgegen, in denen sie mit ihren bisherigen Methoden kaum fähig sein wird, die innere Situation zu meistern. Schon der erste Versuch der Erfüllung des Londoner Finanzdikrats hat zu einer gewaltigen Krise geführt, die, obwohl sie erst im Entstehen begriffen ist, in ihren Rückwirkungen auf die

Volksmasse schon jetzt alle bisher erlebten Krisen übertrifft. Die Entwertung der Mark fast bis zum Nullpunkte vollzieht sich sprunghaft, die Massenentlassungen der Arbeiter sind ein Ausdruck dafür, daß die Industrie am Ende ihrer technischen Reserven angelangt ist, und die russische Hungerkatastrophe wird bei spärlicher Ernte auch in Deutschland ihren Widerschein finden. Bisher mochte es gelingen, mit fadenscheinigen Redensarten und völkerbeglückenden Tiraden die Volksmassen darüber hinwegzutäuschen, daß die Erfüllung des Londoner Finanzdikrats einfach den Ruin des deutschen Volkes bedeutet. Die Verschärfung der Lohnforderungen in allen Schichten und Berufen aber beweist, daß das Volk garnicht daran denkt, im Interesse seiner Regierer kampfslos zu Grunde zu gehen. Es ist die Ansicht, daß jeder soziale Aufstieg, daß jeder Wiederaufbau, daß jeder Fortgang der Revolution unmöglich ist, so lange die militärische Faust der imperialistischen Sieger auf Deutschland lastet, noch nicht in die breiten Volksmassen eingedrungen. Aber grade die Fruchlosigkeit aller Versuche, im gegebenen staatlichen Rahmen ein Existenzminimum zu erlangen, wird notwendig die Arbeitermassen geschlossen auf die Linie des Widerstandes gegen die Forderungen der Entente führen.

Die proletarische Revolution und der nationale Aufstand sind daher heute in Deutschland ein und dasselbe.

Beamte, Arbeiter, Staat und Volk.

F. W. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Staatsbeamtenerschaft hat eine wirtschaftliche Kampfbewegung eingesetzt, die mit allen gewerkschaftlichen Methoden ihren Forderungen Nachdruck zu leihen versuchte und in einer imposanten Demonstration, die am 3. August in Hamburg auf der Moorweide stattfand, einen weit sichtbaren Ausdruck fand. Die Forderungen, die dort an die Reichsregierung gestellt wurden, sind maßvoll genug. Die sofortige Auszahlung der Nothilfe von 2000 Mark pro Mann und 500 Mark für jedes Kind, eine Erhöhung der Grundgebälte und die Anpassung der Teuerungszulage an die steigenden Preise: das sind in der Tat Forderungen, durch deren Erfüllung nur die sofortige, völlige Verelendung der Beamten verhindert würde, und wenn man berücksichtigt, daß für die

Beamtenbesoldung noch immer die Sätze von 1919 zu Grunde gelegt sind, so ist nur zu verwundern, daß die Beamten nicht eher schon mit allem Nachdruck diese Forderungen erhoben haben.

Die gesammte Presse, alle politischen Parteien, bereiten sich, der Beamtenerschaft ihre Teilnahme zu bezeugen und ihre Forderungen zu unterstützen. Sie wissen alle ganz genau, daß der Staat den schweren Erschütterungen der letzten Zeit nicht hätte standhalten können, würde Deutschland nicht über ein so hervorragendes geschultes und dem Charakter nach zuverlässiges Beamtenmaterial verfügen, dem die treue Erfüllung übernommener Pflichten ganz unabhängig von der inneren Einstellung des Einzelnen zu der jeweils herrschenden Regierung eine einfache Selbstverständlichkeit ist. Es besteht deshalb

die Wahrscheinlichkeit, daß die Reichsregierung den Beamten soweit entgegenkommt, wie es für sie im Augenblick möglich ist. Und damit erhebt sich dann die Frage: Werden die Beamten ihr erwachtes Interesse für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge in dem Augenblick wieder verlieren, in dem ihrer augenblicklichen unerträglichen Notlage wenigstens etwas gesteuert ist?

In diese Frage eingeschlossen liegt das Verhältnis der Beamtenerschaft zur gesamten Politik, zu Volk und Land. Wenn die Beamten in ihrer wirtschaftlichen Bewegung jede Parteipolitik ablehnen, so ist dies immerhin ein Fortschritt gegenüber den parteipolitischen Sonderinteressen, die innerhalb der Arbeiterbewegung jeden wirtschaftlichen Kampf von vornherein zu lähmen und zu zersplittern drohen. Aber die Zurückhaltung von der Parteipolitik darf nicht zur politischen Gleichgültigkeit überhaupt führen. Politik ist ja nicht, was die Parteiklügel darunter verstehen, Politik ist die Beschäftigung des Einzelnen mit den Gemeinheitsinteressen des Ganzen. Und solange hier nicht die Beamtenerschaft, die auf Grund ihrer besonderen Stellung im Staat in hohem Grade dazu berufen ist, ihre Pflichten dem Ganzen gegenüber erkennt, so lange wird sie sich auch nicht die Bedeutung erheben, die sie als Berufsschicht im Volke haben kann und soll. Die Redner auf der Moorweide haben es peinlich vermieden, auf volks- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge allgemeiner Art einzugehen. Sie sahen in den Beamten nichts als eine besondere Berufsschicht, die nun das beginne, was der Arbeiter schon lange seinem privaten Unternehmer gegenüber mit Erfolg unternommen hatte. Und wenn dabei gesagt wurde, daß es den Arbeitern viel leichter geworden sei, ihre Lebenslage den steigenden Preisen anzupassen, so hasteten die Redner mit diesem einzigen Sage, mit dem sie sich auf allgemeines Gebiet begaben, doch allzusehr an der Oberfläche. Wahr ist, daß heute auch für den Arbeiter die Zeiten vorüber sind, wo er mit gewerkschaftlichen Methoden seine Lebenshaltung gegenüber den steigenden Preisen sichern konnte. Wahr ist, daß heute auch die deutsche Arbeiterschaft in einem Verelendungsprozeß begriffen ist, dem mit den alten innerpolitischen Kampfmitteln nicht abgeholfen werden kann. Und deshalb sollen die Beamten, wenn sie jetzt damit beginnen, mit gewerkschaftlichen Methoden wirtschaftliche Kämpfe einzuleiten, sich auch über die

Begrenztheit der Erfolgsmöglichkeiten von Anfang an klar sein. Und dies können sie nur, wenn sie ihre Lage nicht in ihrem besonderen Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber, dem Staat, betrachten, sondern in den Gesamtzusammenhängen der deutschen Wirtschaft.

Die Beamten werden aus den Erträgen der Steuern bezahlt. Diese reichen heute nicht zur Deckung der ungeheuren Bedürfnisse der staatlichen Kassen, und deshalb arbeitet sieberhaft die Gelddruckmaschine, die eine beständig fallende Valuta des deutschen Geldes herbeiführt, während alle Preise die Tendenz haben, sich den Weltmarktpreisen anzupassen. Durch die ungeheuren Verpfichtungen, die das Reich gegenüber dem sogenannten Völkerbund übernommen hat, sind heute auch Hunderttausende von Arbeitern in der Lage, indirekt aus staatlichen Kassen mit wertlosem Gelde bezahlt zu werden, und diejenigen Arbeitermassen, die von ihrem Unternehmer direkt bezahlt werden, bekommen Löhne in gleicher Höhe und Geld von der gleichen Wertlosigkeit. Diese Tatsachen muß man sich vor Augen halten, um zu begreifen, daß weder die Löhne, noch die Gehälter der Beamten den steigenden Preisen überhaupt angepaßt werden können. Ginge dies, so könnten alle Beamte, Angestellte und Arbeiter ja einfach verlangen und durchsetzen, daß sie ihre alten Friedensbezüge, die sich in Goldwährung ausdrückten, erhalten unter Umrechnung der Beträge in die jeweils geltende deutsche Valuta. Aber schon der Versuch der Umrechnung zeigt, daß selbst die besten Löhne und Gehälter im Vergleich zu den Löhnen der Vorkriegszeit durchschnittlich nur ein Drittel der damaligen Bezüge ausmachen. Und das bedeutet, daß heute drei Familien mit dem auskommen müssen, was vor dem Kriege eine zu verzehren hatte. Das bedeutet ferner, daß heute die sechzig Millionen des Volkes nur über ein Einkommen verfügen, das früher zwanzig Millionen zu verzehren hatten, daß alles andere durch die Steuern und den Stand der Valuta einfach wegskamotiert wird, und zwar zu dem Zweck, teils zur Deckung der inneren Verschuldung, teils zur Befriedigung der Kapitalisten der Entente Verwendung zu finden. Und da die Forderungen der Entente ja in nächster Zeit nicht geringer werden, sind die Beamten verpflichtet zu wissen, daß, so lange sich diese Zusammenhänge nicht ändern, auch ihre Lage nicht gebessert werden

kann, und daß alle Aufbesserungen nur scheinbare Aufbesserungen sind, die in ganz kurzer Zeit wieder ausgeglichen werden durch neues Anziehen der Preise.

Hieraus aber resultiert die Notwendigkeit der Erkenntnis, daß die Beamten sich mit den eigentlichen Arbeitern und allen schaffenden Schichten in ganz der gleichen Lage befinden, daß ihre materielle Not nicht durch berufliche Sonderaktionen behoben werden kann, daß selbst der Staat nicht in der Lage ist, irgend etwas zu ändern, so lange die heutigen Gesamtverhältnisse bestehen. Und damit wird das Schicksal des Einzelnen zum Schicksal des ganzen Volkes, und das Schicksal des ganzen Volkes zum Schicksal des Einzelnen. Damit hat der Staat im Grunde als Träger der Politik abgedankt und seine Funktion ins Volk zurückgegeben. Deshalb handelt es sich auch heute für den Beamten nicht um seine Stellung zum Staat und zur Regierung, sondern um seine Stellung zum Volk. Das Denken der Arbeitermassen ist leider in alten und veralteten Bindungen erstarrt.

Schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold.

F. W. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da kämpfte die Sozialdemokratische Partei in Deutschland gegen den Klassenstaat. Und sie wurde nicht müde, von allen Dummheiten politisch zu profitieren, die engstirniger preußischer Polizeikretinismus hervorbrachte. Damals war der deutsche Osten noch ein Teil des deutschen Reiches, wenn auch stark durchsetzt mit nationalen Minderheiten, zwischen denen und der deutschen Staatsgewalt es nicht an Reibungen fehlte. Besonders die Polen gefielen sich darin, mit ihren alten nationalen Farben zu kokettieren, und die preußische Polizei, beschränkt wie sie war, lief Sturm gegen jede polnische Windmühle, deren Flügel mit weiß-roter Farbe bestrichen waren. Die Sozialdemokratische Partei, deren geistige Überlegenheit über polizeiliche Borniertheit damals nicht in Zweifel gezogen wurde, hat in jener Zeit in ihren Blättern weidlich ein System verspottet, daß, im vollen Besitz der Macht, vor dem weiß-roten Panier die nämliche Frucht und den nämlichen Dorn empfand, wie vor dem roten Tuch ein zoologisches Lebewesen, das nicht gerade seines Geistes wegen von der Menschheit geschätzt wird.

Partei- und Gewerkschaftspolitik, früher mit Erfolg geübt, machen es ihnen unmöglich, das Ganze mit ihrem Denken zu umfassen. Der Beamte ist politisch noch unberührt und ist zudem durch seine gemeinnützige Tätigkeit von Anfang an mehr mit dem Volksganzen verbunden. Möge die deutsche Beamtenschaft der Arbeiterklasse vorgehen in der Erkenntnis, daß heute das Elend des Einzelnen bestimmt und bedingt wird durch das Elend des ganzen Volkes. Möge unter Ablehnung jeder Partei- und Sonderpolitik die Beamtenschaft diejenige schaffende Schicht sein, die in der gesamten Arbeiterbewegung einer revolutionären Volkspolitik die Bahn bricht, die führend voraus geht in der Erkenntnis und deren Verbreitung, daß erst die eiserne Faust des Militarismus und Imperialismus der Entente von Land und Volk genommen sein muß, bevor dem ganzen Volke und dem Einzelnen es wieder möglich sein wird, die Früchte seiner Arbeit zu genießen.

Die Zeiten haben sich geändert, die Machtverhältnisse und die „Geistigkeit“ der Parteien mit ihnen, aber Dajen sind Dajen geblieben, und manchmal befindet man sich in der eigenartigen Lage, konstatieren zu müssen, daß auch eine Spezies Mensch zum Dajen degenerierte, die sich vordem für die Verkörperung menschlichen Strebens nach Licht gehalten hatte. Doch sind es nicht mehr die polnischen Farben, gegen die sich der Kretinismus kehrt — jene nämlich sind geheiligt und unverletzbar gemacht durch den Willen der neuen Gottheit, die als „Völkerbund“ die Geschichte der Einfältigen lenkt — heute ist es die Fahne des kaiserlichen deutschen Reiches, vor der, um mit dem „Echo“ zu salbadern, „jeder ehrliche Republikaner“ einen instinktiven, natürlichen und unüberwindlichen Abscheu empfindet. Wo die schwarz-weiß-rote Fahne flattert, da lauert in Ecken und Winkeln die Konterrevolution, da werden die Pläne des Verderbens für die rosenrote Republik geschmiedet, da wendet sich zwar nicht der Gast, wohl aber der Patronatsherr neuerdeutscher Herrlichkeit mit Grausen, und demonstrativ schmückt er die kernige Männer-

brust mit einem anderen dreifarbigem Bändchen, mit den Farben: schwarz-rot-gelb.

Was wir in den letzten Tagen an Flaggenrabau erlebt haben, grenzt ans Hysterische, und es ist Zeit, daß die wirklich revolutionären Arbeiter sich erheben, um sich das groteske und alberne Spiel zu verbitten, das in ihrem Namen die sozialdemokratischen Regierer, schüchtern unterstützt von den republikanischen Demokraten von Bank und Börse, zu agieren wagen. Die Revolution, die durch die Politik der Parteipolitikanten schon ohnehin auf den Hund heruntergebracht ist, hat es gerade nötig, daß die Männer, die sich nach vollzogener Revolution an die Spitze stellen, um eine elementare Volksbewegung rückwärts zu revidieren, den Versuch unternehmen, Pogrom- und Bürgerkriegsfronten zu organisieren zum angeblichen Schutze einer Fahne, die sie nie auch nur einen Tag zu Recht gehißt. Wenn schon die Flaggenfrage ohne Zweck und Sinn in diesem Lande, das heute eine weiße Negerkolonie ist, in den Vordergrund gerückt wird, und wenn schon an ihr die Volksseele zum Kochen gebracht werden soll, dann tut eine nüchternere Untersuchung über Art und Wesen der umstrittenen Flaggen dringender Not im Interesse eines Volkes, dessen schaffende Schichten nützlicheres zu tun haben, als sich um der Farben willen gegenseitig die Köpfe zu verholzen. Denn einer Fahne gibt ihre reale Bedeutung nicht, was sie einmal war, sondern was sie heute ist.

Die Abneigung gegen die schwarz-weiß-rote, die Anbiederung an die schwarz-rot-goldene Fahne ist eine ziemlich junge Erscheinung in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung. Als noch der Kaiser regierte, als Bismarcks Reich noch unerschüttert stand, als in Kriegszeiten die sozialdemokratische Partei auf jede eigene Orientierung und Politik endgültig verzichtet hatte, da waren sie alle, die heute schwarz-rot-gelb geschmückt herumlaufen, noch brave schwarz-weiß-rote Patrioten, und damals war die schwarz-weiß-rote Fahne das Banner des kaiserlichen deutschen Reiches, und die schwarz-rot-goldene ein Symbol der nationalen Revolution, von der die Herren Sozialdemokraten, die in burgfriedlichen Gewässern behaglich herum platschten, und deren gerissenste Demagogen noch kurz vor Vorentscheid zu kaiserlichen Ministern avancierten, bei Leibe nichts wissen wollten. Selbst als die Revolution ihnen gestattete, auf dem Rücken der Arbeiterklasse ihre Parteinteressen zu den bestimmten Interessen im Staat zu erheben, da

scheuten sie ängstlich vor jedem Schritt zurück, der im Sinne der nationalen Revolution vollendete Taten geschaffen hätte. Den Anschlag Österreichs, ohne den die schwarz-rot-goldene Fahne keinen Sinn hat, wiesen sie entsetzt zurück, als Österreichs Arbeiter- und Soldatenräte ihn zu vollziehen beschloßen. Und während sie von dem alten Staate unter Ausschluß der Fürsten, an deren Stelle sie sich selber setzten, zu konferieren suchten, was irgend für den Augenblick unter gnädiger Bewilligung durch den Völkerbund zu erhalten war, verfielen sie in Weimar auf den komischen Einfall, als Reichspanier für ihre Herrschaft oligarchischer Parteilinken, gestützt durch deutsches und internationales Finanzkapital, jene schwarz-rot-goldene Fahne zu erwählen, die einst in den Händen deutscher Burschenschaften ein Symbol für Alldeutschlands kommende Einheit, Macht und Größe war. Die Entfaltung dieser Fahne durch die verkümmerten und zusammengebrochenen Brieftäger der Entente ist eine Schändung einer Fahne, die im neunzehnten Jahrhundert nationalrevolutionäre Bedeutung hatte, von deren Geiste unsere heutigen Regierer niemals einen Hauch verspürten. Wer unter ihnen und mit ihnen im heutigen Deutschland diese Farben trägt, der schändet die deutsche Revolution schon an ihrer Wiege. Also fort mit der Komödie einer Flaggendemonstration, die für das ganze deutsche Volk eine Beleidigung und freche Verhöhnung ist.

Aber wenn die Sozialdemokraten schon nicht davon lassen wollen, dennoch diese Farben spazieren zu tragen, und wenn wir weder Lust noch Macht haben, sie in diesem Vergnügen zu hindern, in dem Bewußtsein, daß ihre Fahne nicht unsere Fahne ist, dann müssen wir uns jedenfalls das eine verbitten, daß mit revolutionären Tiraden arbeitende Schichten des Volkes aufgepuscht werden gegen die alte Fahne, die der geschichtlichen Vergangenheit angehört. Und wenn heute monarchistische Parteigänger unter den Schichten des Volkes, denen die alte Fahne heilig war, Sturmkolonnen gegen die Revolution zu sammeln versuchen, so ist es unsere Aufgabe, die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Fahne des alten Reiches ein schlechter Dienst erwiesen wird, wenn man sie, die das Wahrzeichen einer geschichtlichen Vergangenheit ist, zur Parteifahne degradiert.

Aber keine Veranlassung haben wir, die Hand dazu zu bieten, daß nun die Sozialdemokratie unter einfacher Nachäffung schwarz-

weiß-roter Parteimet hohen andere Schichten des Volkes um ihre Fahne sammelt, die sie zu führen nicht berechtigt ist. Wir haben mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß es sich heute nicht um die Fahne handelt, sondern um die Neuorganisation des Volkes, und wir haben die kindliche Festpropaganda, die gegen die eine wie die andre Fahne im Interesse der Parteien betrieben sind, kühl, aber gründlich zurückzuweisen.

Auch wir Revolutionäre haben die schwarz-weiß-rote Kokarde als Soldaten getragen, und während wir aus geschichtlicher Erkenntnis wirken für die deutsche Revolution, haben wir gegen jene Farben keinen Haß verspürt. Auch als in den Novembertagen die bewaffneten Kämpfe ausgefochten wurden, auch da hat sich nicht der Kampf gerichtet gegen die alten Fahnen. Gegen Abzeichen militärischer Herrschaftsgewalt gingen Aufständische vor, wo und wann aber gegen die schwarz-weiß-roten Farben als Symbol eines zusammenbrechenden Reiches? Der Flaggenrummel ist späteren Datums. Er kam, als Sozialdemokraten und Demokraten das Bedürfnis verspürten, dem Volke gegenüber den Anschein erwecken, als hätten sie einen neuen Staat geschaffen.

Rußland in Not!

L. Rußland macht zur Zeit eine der schlimmsten Katastrophen durch, die sich je in der Geschichte der Völker zugetragen haben. Eine Hungernot von so gewaltiger Ausdehnung und so grausamer Zurückbarkeit zerriß seine Eingeweide, wie sie auch in den ärgsten Zeiten der Jaren, unter denen doch fast Jahr für Jahr Teile des weiten Reiches von Kriegen dieser Art heimgesucht wurden, nicht erhört gewesen. Viele Millionen, von der Scholle losgerissen, durchziehen in großen Schwärmen rastlos suchend, plündernd und raubend das Land von einem Ende zum andern. Millionen strömen in die Städte, die ohnehin seit Jahren nur kümmerlich ernährt, jetzt in der äußersten Gefahr schweben, daß für ihre Bewohner überhaupt keine Unterhaltsmittel mehr beschafft werden können. Millionen und Millionen, die den Schrei nach Brot ausstoßen, weil sie in der russischen Gesellschaft das nackte Leben nicht mehr zu fristen vermögen.

Ein Ereignis, das ein Reich von Rußlands kolossalen Flächen in seiner ganzen Breite

Noch sind wir eine Ententekolonie; noch ist Deutschland nicht frei. Noch frohndet der deutsche Arbeiter härter als je für internationales Kapital und internationalen Militarismus. Noch ist Arbeiterklasse und Volk ausgebeutet und niedergetrampelt. Da ist nicht die Zeit, Feste zu feiern und im Flaggen-schmuck zu paradiere. Mag die heute bestehende Republik preisen, wer will. Mag ihre Farben tragen, wer will. Mag sich in die Vergangenheit versenken und Banner entrollen, wem immer der Sinn danach steht. Das alles sind Dinge, die uns nicht berühren, so lange man die deutsche Revolution dabei aus dem Spiel läßt.

Wir sind nicht von heute, wir sind von morgen. Wir wissen, daß Politik treiben vor allem verlangt: warten zu können. Wir wissen, daß die Weltgeschichte ihren ehernen Gang geht. Und wir können warten, weil wir nichts zu verlieren haben. Wir sehen, wie ein schandbares System im Lande und in der Welt sich zerreibt, wir wissen, daß ein Volk nicht kampfslos stirbt, so lange es noch Kräfte hat, zu kämpfen und zu siegen.

Und darum: Mögen die Toten ihre Toten begraben. . . . Es kommt der Tag, da unsere Fahnen wehen.

erschütterte, daß die ungeheure Masse seines Volkes wie mit der Kraft von Explosionen auseinander und durcheinander wirbelt, ist ein politisches, ein revolutionäres Ereignis erster Ordnung. Seine revolutionären Wirkungen haben denn auch nicht auf sich warten lassen. Zunächst, wie sich von selbst versteht, in Rußland selbst. Heißt es doch in Meldungen, die von dort her kommen, daß in einer Reihe von Städten der Aufruhr ausgebrochen sei, daß die Truppen der Regierung zu manen beginnen, daß Millionen Hungernde auf Moskau marschieren, daß aus allen Parteien und Gruppen zusammenzusetzende Hilfskomitees die politische Macht in die Hände nehmen sollen.

Die Freunde der in Rußland regierenden Partei machen für die über das Land herabgebrochene Katastrophe ausschließlich die sengende Dürre dieses Sommers verantwortlich, deren seit Jahrzehnten nicht ihres gleichen gewesen. Aber die trockene Glut, die die Scheitern des Himmels ausbrennt und die Frucht in

Feld und Wald verkümmern ließ, brütete nicht u. er Rußlands Ebenen allein. Die Explosionen schälten über der ganzen Erde. Deutschland und Amerika werden zwar auch schlechte Ernten haben, aber ihre Landwirtschaft ist doch ertragsfähig, wirtschaftsfähig gebieten. Daß die Katastrophe in Rußland einen so gewaltigen Umfang annehmen konnte, ist eben nicht die Folge des Kaarereignisses allein. Es fallen hier auch, wie eigentlich nicht erst sollte betont zu werden brauchen, die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Gewicht. Die russische Landwirtschaft stand beim Ausbruch der Revolution auf einer sehr niedrigen Stufe und die aus politischen Gründen durch die Bauern vorgenommene Zerstückelung der großen Güter und Verjagung zahlreicher größerer und mittleren Bauern hat ihre Produktionskraft nicht erhöht, sondern geschwächt, da sie vielfach gerade die technisch hoch stehenden Betriebe auflöste und nicht selten die eigentlichen Fachleute leistungsfähig, ja vernichtete. Wenn auch die Bolschewiki versuchten, den von der zarischen Bürokratie übernommenen Verwaltungsapparat zu heben oder wenigstens in dem Zustande zu erhalten, in dem sie ihn vorfanden, so ist es ihnen doch nicht gelungen, ihre Absicht zu verwirklichen. Der Verlehrsapparat wurde zertrümmert und zerrumpelt, wie die ganze Industrie es durch eine wilde Sozialisierung bereits war, ehe die russischen Gewerkschaften sie übernehmen konnten. Auch die Industrie gewährte daher der Landwirtschaft keine Stütze, wie es bei Lieferung höherer Betriebsmittel hätte der Fall sein können. Unter solchen Umständen mußte die totale Entwertung des Geldes, die Höhe der Naturalsteuern und die Zusage, mit der sie eingetrieben wurden, die ohnehin sinkende Produktionskraft der Landwirtschaft immer schwerer belasten. Erst in Verbindung mit dieser Situation in Industrie, Landwirtschaft und Verlehrs hat die Naturkatastrophe ihre gewaltigen gesellschaftlichen Wirkungen erzeugen können, Wirkungen, die die Herrschaft der Bolschewiki nicht nur erschüttern, sondern ihre Grundfesten zerstören, weil sie die Städte notwendig in die durch den Massen hunger aufgelöste revolutionäre Strömung hineinstießen.

Wie einst der Zentralismus des Jarenreiches, so wurzelt auch der Zentralismus der Bolschewiki in der Herrschaft über die Städte, den Knotenpunkten des Verlehrs und damit des ganzen staatlichen Lebens. Sie halten und behaupten diese Herrschaft vermöge ihres Parteiapparates, der Rußlands wahrer Regent ist, sie, die kleinste von allen russischen Parteien

mit wenig mehr denn einer halben Million Mitglieder. Und diese halbe Million beherrscht ein Volk von über hundert Millionen. Der bolschewistische Parteiapparat aber liegt in den Händen von etwa 200 Personen. Wären diese auch samt und sonders untadelig, was keineswegs bei allen der Fall ist, und trachteten sie in ehrlicher Unerzeugung, was ebenfalls nicht auf alle zutrifft, eine für richtig gehaltene Ideologie in die Wirklichkeit zu übertragen, allenthalben, wo der Verlehrs unternommen wird, die Bedürfnisse eines Hundert Millionen Volkes nach den Bedürfnissen eines Machtapparates von 200 Personen zurechtzuschneiden, kann das Ergebnis nur Niedergang, Ruin, Verderben für das Ganze sein. Diktatur, von einer winzigen Minderheit ausgeübt, ist stets Scharoyertum am Ganzen und erzeugt notwendig Scharoyertum, und dem es alle Zweige der öffentlichen Verwaltung selbst dann durchsetzen muß, wenn die oberste Spitze dieses Apparates eine über jeden Zweifel erhaltene Persönlichkeit wie Lenin ist. Die russische Verwaltung ist heute so corrupt wie je, und während Volk und Wirtschaft zugrunde gehen, ringt die untergehende Parteielite um die Erhaltung ihrer Macht, indem sie die hungernden Massen in Stadt und Land durch die Diktatur des Terrors und der geheimen Polizei, durch die drakonische Strenge der Ausnahmegerichte, des Belagerungszustandes und Standrechts niederzuhalten sucht. Wird es ihr gelingen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Für politisches System, im Innern von Anfang an lebensunfähig, weil es ein Partei-regiment war und auf jede auf Selbstverwaltung gegründete Volksorganisation verzichtete, verfiel auch außenpolitisch von dem Tage an dem Amkrot, wo es, der Repräsentant eines revolutionären Staates, den modus vivendi, die Verständigung mit dem Völkerbund auf Grund kapitalistischer Handelsverträge erstrebte. Die Bolschewiki gehören der Geschichte an. Mag selbst der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß sie noch eine Weile fortvegetieren, die Wellen der großen Katastrophen schwemmen sie doch hinweg.

Rettung kann Rußland keine Partei und keine Hilfsaktion des Völkerbundes bringen; wahre, dauernde Rettung kann ihm nur kommen aus den Tiefen der Volkseele selbst, wenn es von unten auf den Rahmen und die Organe schafft, die es möglich machen, eine lebensfähige Ordnung aufzurichten.

Die russische Massennot, die Tatsache, daß dort Millionen im Rahmen eines bestehenden Staates nicht mehr zu existieren vermögen, läßt in ihren Wirkungen auf Rußland nicht beschränkt. Denn diese Massen müssen, um die Möglichkeit des Daseins wiederzugewinnen, nicht nur den Rahmen des Staates sprengen. Gewaltige Massen dieser Hungernden werden an die Grenzen der Randstaaten getrieben, um hier das Brot zu heischen, das sie in Rußland nicht finden. Die Welle, die Rußland durchflutet, wird bald an den Pforten jener kaum geschaffenen, noch nicht gefestigten Gemeinwesen stranden, die nur bestehen, weil sie Jagdgründe der imperialistischen Mächte sind.

Politik des Doppelfinnes.

Ein Wort an das „Gewissen“.

L. In Berlin erscheint unter dem Titel „Gewissen“ eine Zeitschrift, die sich die Erörterung der von Krieg und Revolution auf die Tagesordnung gesetzten Probleme zur Aufgabe gemacht hat. Herausgegeben vom Ring, einer Vereinigung von Gelehrten, Künstlern und Schriftstellern, der auch Kaufleute und Industrielle angehören, wendet sie sich an alle, die es mit dem Wiederaufbau des Landes ernst meinen. Wer jedoch jener Aufgabe dienen und über die Notwendigkeiten, vor die sich das Land gestellt sieht, ernsthaft Klarheit verbreiten will, hat eine Voraussetzung zu erfüllen. Er darf nicht Unklarheit bestehen lassen über seinen eigenen Weg zum Ziel. Er darf nicht eine Politik des Doppelfinnes, eine Politik nach zwei Seiten treiben, die es vermeidet, unzweideutig zu sagen, was sie denkt, um sich den Weg nach verschiedenen Lagern offen zu halten.

In der Nr. 29 der genannten Zeitschrift vom 13. d. J. liest man: „Wie läßt sich die französisch-deutsche Spannung lösen? Wie verhindern wir die aus einer französisch-deutschen Katastrophe sich ergebenden europäischen Katastrophen? Das nur wenn die (im Vergleich zur französischen Wirtschaft) kraftstrotzende Europamitte durch eine ihr angepaßte Lebensform staatlichen Machtwillens annimmt und mit dem nur scheinbar übermächtigen französischen Staat auf dem Umweg über die Kampfausgleichung mit der französischen Volkswirt-

schafft unter Vermittelung der am europäischen Gleichgewicht interessierten angelsächsischen Welt einen Ausgleich der Kräfte auf der Basis der Macht herstellt.“

Weder geht der revolutionäre Aufstoß von Rußland aus. Aber weniger als je ist das verhungerte Land in der Lage, die Revolution zu führen und die ersten Grundlagen der neuen Völkerordnung zu schaffen, die der Welt nottut und die nur geschaffen werden kann, indem ein Volk als Volk den Aufbau beginnt. Hier erhebt sich groß und gewaltig die Sache der deutschen Revolution. Volentem ducunt satz, nolentem trahunt — den Willigen führt das Schicksal, den Widerstrebenden zieht es hinter sich her. Bis heute hat das Schicksal die Deutschen hinter sich hergezerrt. Werden sie lernen, es zu meistern und zu führen?

Wir greifen aus diesem orakelhaften Satz nur eine Wendung heraus. Was heißen die Worte: Die Europäische Mitte soll durch eine ihr angepaßte Lebensform staatlichen Machtwillens annehmen? Was heißt zunächst „Europamitte“? Wird darunter Deutschland und Oesterreich zusammen verstanden, sind es die gesamten von Angehörigen deutscher Stämme bewohnten Gebiete, ist es das deutsche Reich in seinem alten Umfang oder in seiner jetzigen Verkleinerung? Je nach der dem Begriff beigelegten Bedeutung werden ihn recht verschiedenartige Strömungen und einander entgegengesetzte Kräfte für ihre Politik reklamieren. Wie stellt sich der Schreiber ferner den Prozeß der Gewinnung staatlichen Machtwillens durch Errichtung einer andechtsten Lebensform vor? Die Worte enthalten doch die eigentliche Zielsetzung seiner Politik. Wie denkt er sich den Weg zu diesem Ziel? Denkt er an eine monarchistische Restauration? Denkt er an eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse? Denkt er an einen Aufstand des Volkes? Er wählt seine Worte absichtlich so, daß sie auf alle Möglichkeiten passen. Wer aber als Führer dem Völkervoranschreiten will, darf nicht in Lebensfragen der inneren und damit der ganzen Volkspolitik sich in ein zweideutiges Dunkel hüllen.

Ausgleich unter Vermittelung der interessierten angelsächsischen Welt! In der letzten Nummer der Zeitschrift vom 21. Juli heißt es: „Die Möglichkeit einer Unterstützung Deutschlands durch England oder Amerika ist eine politische Realität. Dort dümmert die Erkenntnis des Wahnsinns von Versailles. Für uns kommt es darauf an, ob Lloyd George die Zivilcourage besitzt, die deutsche Erneuerung vor einem fabeltrafelnden Frankreich zu schützen.“

Es wäre allerdings eine Aufgabe der deutschen Politik, von der das Kabinett Birrh nichts zu ahnen scheint, den zwischen England und Frankreich bestehenden Interessengegensatz auszunutzen und die eine Nacht wider die andere auszuspielen, was namentlich in wirtschaftlicher Beziehung leicht möglich wäre. Aber der Glaube, der in der Möglichkeit einer Unterstützung Deutschlands durch England und Amerika eine politische Realität sieht, klingt doch bedenklich nach Anlehnung an die Politik des Herrn Stinnes, die auf einer in ihrer Art großzügigen Ausnutzung des englisch-französischen Gegensatzes beruht. Lloyd Georges ganze Zivilcourage würde und könnte dem deutschen Volke nichts helfen. England hat den Frieden von Versailles mit geschaffen.

Christliche Revolutionäre.

F.W. Mitte Juni hat in Stuttgart eine Tagung stattgefunden, die als ein Markstein in der Entwicklungsgeschichte der deutschen Revolution gewertet zu werden verdient. Männer, die aus religiösem Empfinden heraus das Banner der Revolution entrollten, die unter Verhüllung auf Christi Leben und Wirken der alten Welt den Krieg erklärten, hatten den Ruf zur Sammlung und Aussprache ergehen lassen, und namentlich aus der begeisterungsfähigen Jugend fast aller Gruppen Sendboten zu sich herangezogen. In der tagelangen Aussprache stellte sich heraus, daß in dieser jungen Bewegung ein starker und ehrlicher Wille zur Wahrheit lebendig ist, daß bei aller Verschiedenheit der Vorstellungen über das, was kommen wird und über die Mittel, mit denen das Kommende vorbereitet werden soll, doch allen gemeinsam ist das tiefe Bewußtsein dafür, daß die Revolution, in der wir stehen, sich nicht vollenden kann, wenn sie sich nicht begnügt, die Verhältnisse zu ändern, daß sie den ganzen Menschen ergreifen, ihn

neu schaffen muß, um wirklich eine neue Welt zu gestalten.

Der Frieden von Versailles ist die Grundlage des bestehenden Weltsystems, und damit auch von Englands eigener Stellung in der Welt. Im Gegensatz zu Amerika ist England ebenso wie Japan zur Zeit an der Erhaltung des Weltfriedens interessiert. Glaubt der Schreiber im Ernst, daß dieses Band auf die Gefahr eines ersten Konfliktes mit Frankreich hin etwa einen Zusammenschluß aller deutschen Stämme oder auch nur die Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen zulassen und unterstützen würde? Wie könnte es einer ernstlichen Revision dieses Friedens zustimmen, dessen Zusammensturz das ganze Weltsystem und damit die Ordnung der Welt über den Haufen wirft? Kann aber das deutsche Volk, nachdem für die Erbanion seiner Wirtschaft bereits die alten Grenzen zu eng geworden waren, in dem Zustande der Verkleinerung und Zerstückelung weiter vegetieren, in dem Land und Volk sich jetzt befinden. Nur eines kann den Verkümmerten Deutschlands helfen, die Zerstückelung der ganzen Kapitalherrschaft, des Imperialismus und des englisch-amerikanischen Imperialismus und die Abschaffung der Sklavensysteme, die der fremdländische Imperialismus in Deutschland selber unterhält.

neuen schaffen muß, um wirklich eine neue Welt zu gestalten.

Außer der Jugend, die in den ersten beiden Tagen besonders hervortrat, war deutsche Geistigkeit stark vertreten. Viele Pfarrer die innerhalb ihrer Kirchen den Kampf aufnehmen wollen gegen die Erstarrung des Geistes, gegen die Abkehr vom sozialen Leben, beteiligten sich an der Aussprache. Auch aus der kommunistischen Bewegung waren Vertreter zuagen, und bei aller Zurückhaltung, die anwesende Mitglieder der kommunistischen Partei der religiösen Grundlage der Bewegung gegenüber übten, unterließen sie es doch, vielleicht aus einem instinktiven Gefühl heraus, eine feindselige Haltung einzunehmen.

Grundsätzlich von großer Bedeutung war die Aussprache über das Thema: Marx oder Jesus?, zu der vier Referenten sprachen, von denen der letzte die Lösung in der Formel Marx und Jesus zu geben versuchte. In der Diskussion wurde aber mit Recht darauf hingewiesen, daß die Wahl die-

se: Themas völlig verfehlt, daß die ganze Gegenüberstellung falsch sei. Marx sei eine geschichtliche Persönlichkeit, die dazu berufen gewesen sei, die Rolle des modernen Proletariats in der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen. Christus dagegen werde auch von den Christlich-Revolutionären aufgefaßt als ein Wesen, das von Ewigkeit zu Ewigkeit ist und das sich in einem bestimmten Zeitabschnitt auf der Erde verkörperte, um die Beziehungen des Menschen zum Kosmos zu regeln. Aus dieser gänzlichen Verschiedenheit heraus sei es widerständig, beide Persönlichkeiten einander gegenüberzustellen, um so eine gemeinsame Linie zwischen der proletarischen und der religiösen Revolution zu suchen. Man trauet in der Tat sich gar nicht auf Konfessionen dieser Art einzulassen, weil die Gemeinsamkeit der Kette im letzten und tiefsten Sinne so wie so gegeben ist. Für jeden Revolutionär, der wirklich diesen Namen verdient, handelt es sich auch in der proletarischen Revolution nicht um die Vertretung materieller Interessen einer bestimmten Klasse, sondern es handelt es sich um die Aufwärtsentwicklung der Menschheit. Und wenn heute Männer aus christlicher Empfindung heraus aufstehen für die Niederreißung aller Pflichtenbindungen, für die Befreiung menschlicher Verfassung und Schuldenhaftigkeit, für die Freiheit und Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenanliegen trägt, so bedarf es keines Beweises dafür, daß die proletarische Revolution der neuen Bewegung brüderlich die Hand reichen wird.

Eine Schwäche hat noch diese Bewegung, die aber vollständig zugleich ihre Stärke ist: Sie ist noch völlig chaotisch, noch ganz

gerender Geist, noch ohne alle konkreten Bindungen. Das ist deshalb eine Schwäche, weil es jeder weltfremden Schwärmeri weit Tür und Tor öffnet, und ethische Empfindungen häufig mit politischen Motiven verwechselt werden, was in der absolut passivistischen Einstellung zahlreicher Glieder der christlich-revolutionären Bewegung einen markanten Ausdruck findet. Da aber der Geist frei sein muß, wenn er sich gestalten soll, und da ethischer Wille zur Erkenntnis überall vorhanden ist, zweifeln wir nicht, daß, wenn die harte Notwendigkeit an die Jung-Christen herantritt, sich der brutalen Gewalt der alten Welt gegenüber mit dem Schwerte zur Wehr zu setzen, damit nicht wieder zerbröckelt werde, was sie schon heute seien, daß sie dann nicht einer allgemeinen Menschheitschwärmeri zu Liebe vergessen werden, daß die Menschheit erst dann eine Wirklichkeit wird, wenn sie als die Vereinigung freier Völker in die Erscheinung tritt, daß also die Völker — auch das eigene — frei sein müssen, bevor „die Menschheit“ werden kann.

Wir haben mit diesen wenigen Sätzen weder einen Bericht von der Stuttgarter Tagung geben wollen, noch eine umfassende Würdigung der Bewegung beabsichtigt. Wir wünschen einfach unsere Leser in Kenntnis davon zu setzen, daß diese Bewegung da und als geistig und politischer Faktor in Rechnung zu stellen ist.

Daß die Bewegung von vornherein ihre Spitze lehrte gegen alle bestehenden Parteien, gegen alle Dogmen, gegen alle organisatorischen Bindungen der Religion und Politik, daß sie auch aus dem entseelten Geiste heraus das Neue gestalten will, daß sie schon in ihren ersten Anfängen politische Bewegung ist, das scheint uns das Große und Bedeutende an ihr zu sein.

Stützt der Völkerbund die deutsche Republik?

L. Da die bürgerliche Demokratie, die sozialistische Republik, unter der die Deutschen heute verkommen, die schlimmste von allen Sanktionen des Völkerbundes ist, wähen die deutschen Regierer und die Parteiführer, die hinter ihnen stehen, daß sie unantastbar, daß sie sacrosanct sei, eben wegen der Sanktion durch den Völkerbund. Aber wir: die gesamte

Politik dieser Regierer entspringt auch dieser Bahn dem unerhörtesten Vorn ihrer Illusionen.

Die Republik in Deutschland und die bürgerliche Demokratie in den Weststaaten lassen sich nicht miteinander vergleichen, wie schon eine kurze Betrachtung lehrt. In England gehen die Anfänge der bürgerlichen Demokratie

auf die Tage der großen Revolution zurück. Cromwell und seine Independenten schufen sie. Das Selbstgovernment, die bürgerliche Selbstverwaltung auf allen Gebieten, war ihr Inhalt, und ihre Krönung eine Zentralgewalt, die stark war in der Vertretung der bürgerlichen Interessen nach innen und nach außen und die erst republikanische Gepräge trug, aber nach der Konsolidierung der bürgerlichen Gewalt in eine constitutionelle Monarchie verwandelt wurde, die noch heute besteht. Der Wechsel in der Form der Zentralgewalt hat an dem Wesen der englischen Selbstverwaltung so wenig geändert, wie ihr parlamentarischer Anstrich später durch die Erweiterung des Wahlrechtes in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts, die nur der Erstarrung der industriellen Mittelsklasse während der napoleonischen Kriege trug. Die englische Demokratie war so nach von Anfang an das Machtmittel der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft und ist es bis heute geblieben, was auch darin zum Ausdruck gelangt, daß zwar bis in die letzten Jahrzehnte hinein das Wahlrecht direkt, gleich und allgemeines war, daß aber Anstalts- und Wohnbestimmungen breiten Schichten namentlich der großstädtischen Arbeiterschaft die Ausübung des Rechtes unmöglich machten.

Ähnlich lagen die Dinge in Frankreich. Zu einer Demokratie im engeren Sinne, im Sinne der Selbstverwaltung ist es hier freilich bei dem starken, vom absoluten Königtum begründeten und von allen späteren Umwälzungen übernommenen Zentralismus des französischen Staatswesens nie gekommen. Frankreichs Demokratie ist lediglich parlamentarisch-politischer Art. Als in den Tagen der großen Revolution fremde Heere seinen Boden betraten und die Massen des französischen Volkes zur Abwehr der Invasionen aufgerufen werden mußten, entstand die Verfassung von 1793 mit dem allgemeinen Wahlrecht als Grundlage, die auch Konventionen an das Proletariat enthielt. Aber die Verfassung von 1793 ist nie in Kraft getreten. Die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Direktorialverfassung und sodann unter die schweren Bestimmungen der napoleonischen Gesetzgebung vollzog sich ohne Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie kam es erst durch die Revolution von 1848. Nach ihrer Eradition aus den Zeiten der großen Revolution sicherte sich die Arbeiterklasse bestimmte Rechte. Das Recht auf ein Existenzminimum mußte ihr zugesprochen und es mußten ihren Vertretern wichtige Zweige der Regierung und Verwaltung übertragen werden. Aber nun

zeigte sich sofort, wie sehr die neue Demokratie ein Machtmittel bürgerlicher Interessen und nur dieser sein wollte und auch war. Die Bourgeoisie packte die erste Gelegenheit ab, um den in ihre Demokratie eingebürgerten Fremdkörper wieder hinauszutwerfen. Sie provozierte „den belvaufreien Konflikt“ und schlug in der fünfjährigen Juliuschicht das Pariser Proletariat zu Boden.

Die bürgerliche Demokratie hat in den Weststaaten einen anderen historischen, einen anderen politischen Sinn als in Deutschland. In Frankreich und England entspringt sie dem Klassenkampf des erstarkenden Proletariats um Macht und Geltung in der Gesellschaft und Staat. Ein Mittel der bürgerlichen Klasse, Macht und Geltung auszuüben, ist sie der Ausdruck eines bürgerlichen Staates, der unerschütterlich in rüstiger Vollkraft dahebt. In Deutschland aber entsteht die bürgerliche Demokratie nicht in den reifen Epochen der bürgerlichen Entwicklung, nicht als ein Ergebnis des Kampfes des aufstrebenden Bürgertums gegen Adel und Klerik, nicht als Nachfolge der Bourgeoisie. Sie entsteht beim Zusammenbruch der bürgerlichen Welt durch Kriege und Revolutionen, als eine Folge der Auflehnung der Volksmasse, des Proletariats gegen die bürokratisch-militärischen Gewalten des kaiserlichen Deutschlands und damit gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, die durch diese Gewalten sich auswirkte.

Soweit es sich um die Verdrängung der militärisch-bürokratischen Form des alten Regimes, um die Verdrängung des kaiserlichen Deutschlands handelte, und so lange diese Verdrängung nicht durch internationale Vertreter unter Zustimmung Deutschlands gewährleistet war, hatte auch der Völkerbund ein Interesse am Bestande der Republik in Deutschland. Anzwischen aber ist der Friede von Versailles geschlossen worden, das Abkommen von 1919 ist durchgeführt, das Londoner Finanzhilfsabkommen ist unterzeichnet. Am Osten und Westen sind lebenswichtige Gebiete von Deutschland abgerissen, andere sind vom Peise der Nation durch Sanktionen abgeschnürt, und Deutschlands wichtigstes Rohprodukt, die Kohle, soll demnächst der französischen Kontrolle völlig überantwortet werden. Das kaiserliche Deutschland besteht nicht mehr kraft internationaler Verträge, die den Völkerbund gegen seine Wiedererrichtung sichern. Nicht daran also, daß die demokratische Republik dem Völkerbund die Möglichkeit gab, den vollen Sieg, den er auf den Schlachtfeldern nicht errungen hatte, auf diplomatischem Wege zu gewinnen und sein

nach Interesse, sondern nur nach daran, daß diese Republik ein Produkt der Revolution, der sozialen Auflehnung der Arbeitermassen gegen die Herrschaft des Kapitals ist, die nicht mehr die Herrschaft des deutschen Kapitals ist. Der Friede von Versailles und das Londoner Diktat überführen alle Wirtschaftsmittel des Landes, wenn nicht formell, so doch tatsächlich in das Eigentum des Völkerbundes, der deutschen Sklavenbögen gestützt, sie zu verwalten. Die demokratische Republik richtet somit schon kraft ihres Ursprungs, kraft ihres Wesens ihre Spitze gegen den Völkerbund und zwar mit doppelter Schärfe, da in Deutschland sich keine kapitalistische Wirtschaft mehr konsolidieren kann, und es in einer Republik, die ein Produkt der sozialen Erhebung ist, vom Willen der Arbeitermassen abhängt, wie lange diese Republik ihren bürgerlichen, ihren demokratisch pazifistischen Charakter behalten soll. Die deutsche Republik stellt innerhalb der durch den Versailler Frieden geschaffenen Staatenordnung für den Völkerbund ein Element der Störung und Störung dar; sie hat aufgehört, für ihn ein taugliches

Mittel der Eingliederung Deutschlands in die kapitalistische Weltorganisation zu sein, die neu geschaffen werden soll.

Die kapitalistische Neuordnung der Welt setzt die kapitalistische Restauration Europas voraus, die hinwiederum solange unmöglich ist, als nicht in dem Lande, von dem nach dem furchtbaren Zusammenbruche Rußlands dem Völkerbund allein noch Gefahr droht, die letzten Reste der Revolution zertreten sind. Die kapitalistische Restauration Europas bedingt mithin die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland, nicht in den Formen und in der Nachfolge, wie sie im kaiserlichen Deutschland bestand, sondern, wie es sich für eine Kolonie mit verkleinertem Staatsgebiete stellt, nach der Art eines ägyptischen Khedive oder eines indischen Maharadja.

Es wäre unbillig, von den deutschen Reagierern zu erwarten, daß sie solche Zusammenhänge sehen, denn es hieße bei ihnen den Geist vermuten, den sie nicht haben dürfen, da sie sonst vor Selbstverachtung in die Erde verfallen müßten.

Eine baltische Entente.

Wie sich an der Donau unter französischem Einfluß die kleine Entente gebildet hat, so ist jetzt im Norden unter französischem Protektorat eine Entente der baltischen Staaten entstanden. Mit Ausnahme Litauens, aber mit Einschluß Polens haben sich diese Staaten zu einem engerem Bunde zusammengeschlossen. Die französische Politik verfolgt mit der neuen Gründung offensichtlich einen doppelten Zweck. Außer der Festigung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Stellung in jenen Ländern will sie die Einschnü-

rung Deutschlands durch ihr ergebene Randstaaten vollenden. Die neue Konstellation an den Gestaden der Ostsee scheint jedoch nicht ganz nach dem Geschmacke des britischen Cabinettes zu sein, das dort gleichfalls bedeutende politische und wirtschaftliche Interessen zu wahren hat. England wird ein Geschwader seiner leichten Kreuzer in der Ostsee ständig stationieren, was freilich nicht nur mit Rücksicht auf die baltische Entente, sondern auch mit Rücksicht auf die Ereignisse in Rußland geschieht.

Von dieser Ausgabe sind nur die Exemplare der festen Bezieger geheftet und beschnitten worden, während dies bei den Propaganda-Exemplaren unterblieb.

Der Verlag empfiehlt betriebsweisen Bezug. Die Sammler in den Betrieben erhalten für ihre Bemühungen ab 5 Exemplaren ein Freie Exemplar. Für die Monate August und September sind pro Exemplar M. 2.70 zu bezahlen. Es genügt, wenn der Sammler auf dem Abschnitt der Postanweisung seine genaue Adresse und die Anzahl der gewünschten Exemplare vermerkt.

Verantwortlich: W. Dowidat, Hamburg, Beim Strohhause 33.
Verlag und Druck: Albert Fr. Heil, Hamburg 20, Eppendorferlandstr. 104.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang Hamburg, zweite Ausgabe im August 1921 Nr. 2

Inhalt:

Im Hochland fiel der erste Schuß,
im Hochland wider die Pfaffen.
Oberschlesien.
Deutsches Volkstum.
Was können die Beamten tun?
Mischeleien auf allen Seiten.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mk. 5.— pro Exemplar vierteljährlich.
Einzelpreis Mk. 1.50 einschl. Feuerungszuschlag.